Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 UVPG

Genehmigungsverfahren nach § 16 BImSchG, Az.: 174/24 - Firma Cargill GmbH, Seehafenstraße 2, 21079 Hamburg.

Änderung einer Anlage zur Herstellung oder Raffination von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen (Speiseölraffination) mit einer Produktionskapazität von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag oder 600 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag, sofern die Anlage an nicht mehr als 90 aufeinander folgenden Tagen im Jahr in Betrieb ist, durch Erweiterung der Haupt- und Nebenanlage inklusive Einbau einer Hochdruckdampfkesselanlage mit Erhöhung der FWL der Gesamtanlage von 10,5 MW auf 11,55 MW.

A. Sachverhalt

Die Firma Cargill GmbH hat am 28.10.2024 bei der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Amt Immissionsschutz und Abfallwirtschaft, Abteilung Betrieblicher Umweltschutz, eine Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die Änderung einer Anlage zur Herstellung oder Raffination von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen (Speiseölraffination) mit einer Produktionskapazität von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag durch Erweiterung der Raffinationsanlage zur Reduzierung der Produktkontaminanten inklusive Einbau eines neuen Hochdruck-(HD)-Kessels als Nebenanlage mit Erhöhung der Feuerungswärmeleistung (FWL) der Gesamtnebenanlage von 10,5 MW auf 11,55 MW auf dem Betriebsgrundstück Seehafenstraße 2, 21079 Hamburg beantragt. Die Anlagenerweiterung umfasst eine Prozessumstellung von batch- zu kontinuierlicher Betriebsweise unter Errichtung eines neuen Gebäudes sowie Einbau vier neuer Kaliumhydroxid-Reaktoren (KOH-Reaktoren). Zusätzlich erfolgt der Einbau neuer Anlagenteile (Strippkolonnen, Fettsäureabscheider, Vakuumpumpe) unter teilweisem Austausch von Bestand.

B. Anwendbare Vorschriften

Gemäß § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird auf Grundlage der Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen geprüft, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) besteht oder nicht.

Die Änderung einer Anlage zur Raffination von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen (Speiseölraffination) mit einer Produktionskapazität von 300 Tonnen Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag stellt nach Nr. 7.24.2 Spalte 2 Buchstabe A der Anlage 1 zum UVPG ein Vorhaben dar, für das eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 (3) i.V.m. §§ 7 und 5 UVPG vorgesehen ist.

Gemäß § 7 (1) UVPG wird die allgemeine Vorprüfung als überschlägige Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG aufgeführten Kriterien durchgeführt. Die UVP-Pflicht besteht, wenn das Änderungsvorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 (2) UVPG bei der Zulassungsentscheidung zu berücksichtigen wären.

Bei der Vorprüfung wird berücksichtigt, ob erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch Merkmale des Vorhabens oder des Standorts oder durch Vorkehrungen des Vorhabenträgers offensichtlich ausgeschlossen werden.

Die Antragsunterlagen der Firma Cargill GmbH (Az. 174/24) beinhalten, insbesondere in Abschnitt 14, Angaben zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls. Anhand der Antragsunterlagen, des FHH-Atlas sowie des FHH-Informationssystems wurde die Prüfung durch die BUKEA nach § 9 UVPG durchgeführt.

C. Prüfungskriterien und Ergebnis der allgemeinen Prüfung des Einzelfalls

Bei der konkreten Anwendung der Kriterien der Anlage 3 zum UVPG ist zwischen der Sachverhaltsermittlung, die zunächst die möglichen nachteiligen Umweltauswirkungen anhand der Kriterien der Nr. 1 (Merkmale des Vorhabens) und Nr. 2 (Merkmale des Standortes) der Anlage 3 zum UVPG ermittelt, und der Einschätzung der Erheblichkeit der ermittelten nachteiligen Umweltauswirkungen unter Berücksichtigung der Kriterien der Nr. 3 der Anlage 3 zum UVPG zu unterscheiden. Allein die in Nr. 3 der Anlage 3 zum UVPG genannten Merkmale der möglichen erheblichen Auswirkungen, die gebildet werden aus den Merkmalen des Projektes und den Standortmerkmalen, entscheiden in Verbindung mit den Maßstäben des Fachrechtes über die Frage der UVP-Pflicht. Die Kriterien der Anlage 3 zum UVPG haben den Zweck sicherzustellen, dass sämtliche Umweltauswirkungen des Vorhabens einbezogen werden, die erheblich nachteilig sein können.

1. Merkmale des Vorhabens

Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen:

1.1 Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens

Der Antragsteller betreibt zurzeit auf dem Betriebsgrundstück, Seehafenstraße 2, 21079 Hamburg eine genehmigungsbedürftige Anlage zur Raffination von Ölen oder Fetten aus pflanzlichen Rohstoffen (Speiseölraffination) mit einer Produktionskapazität von 300 t Fertigerzeugnissen oder mehr je Tag gemäß Nummer 7.23.1 EG des Anhangs 1 zur vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (4. BImSchV). Die genehmigte Gesamtkapazität der Pflanzenölraffinerie liegt bei 1.590 t/d. Das entspricht bei 350 Betriebstagen einer Produktionsmenge von 556.500 t/a. Mit der beantragten Änderung des Produktionsprozesses ist keine Erhöhung der genehmigten Gesamtkapazität der Anlage verbunden. Die geplante Änderung betrifft den Anlagenteil „Kirchfeld-Anlage“ auf dem ca. 92.000 m² großen Betriebsgelände.

Bei der physikalischen Raffination von pflanzlichen Ölen und Fetten können unter hohen Temperaturen in geringen Mengen Prozesskontaminanten, wie bspw. 2-Monochlorpropandiol- (2-MCPD-), 3- Monochlorpropandiol- (3-MCPD-) und Glycidyl-Fettsäureester (GE) entstehen. Die gesetzlichen Grenzwerte für diese Kontaminanten werden von der EFSA (europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde) vorgeschrieben und durch die Cargill GmbH im aktuell genehmigten Betrieb eingehalten.

Im aktuell genehmigten Betrieb werden die oben genannten Kontaminanten und deren chemische Vorstufen in dem Prozessschritt Bleichung eingehalten. Hierbei werden große Mengen Bleicherde als Prozesshilfsstoff benötigt. Die verbrauchte Bleicherde wird aktuell zu einem geringen Anteil recycelt und in den Prozess zurückgeführt. Der Großteil der verbrauchten Bleicherde ist Abfallstoff und wird per LKW abtransportiert und entsorgt. In dem beantragten Änderungsvorhaben wird beabsichtigt, die Kontaminanten durch direkte Umsetzung mit geringen Mengen einer wässrigen Kaliumhydroxidlösung (KOH-Lösung) zu behandeln. Dadurch kann der intensive Einsatz von

Bleicherde im vorgelagerten Prozessschritt reduziert werden. Dies führt zur Vereinfachung des gesamten Palmölraffinationsprozesses und zur Reduzierung der Abfallmenge. Durch die Prozessumstellung soll zudem eine Reduzierung des Energieverbrauchs erreicht werden.

Die Umsetzung des oben genannten Änderungsvorhabens soll im Rahmen des Projekts Halcyon erfolgen und stellt eine Erweiterung der Kirchfeld-Raffinationsanlage zur Reduzierung von Produktkontaminanten dar. Für die Umsetzung der geplanten Prozessänderung sollen ein neues Gebäude (Halcyon Gebäude) mit einer Höhe von max. 35 m in räumlicher Nähe zu den Bestandsgebäuden errichtet werden und einige apparative Anpassungen an der BImSchG-Anlage durchgeführt werden. Die Anlagenerweiterung umfasst eine Prozessumstellung von batch- zu kontinuierlicher Betriebsweise unter Einbau vier neuer Kaliumhydroxid-Reaktoren (KOH-Reaktoren). Zusätzlich erfolgt der Einbau neuer Anlagenteile (Strippkolonnen, Fettsäureabscheider, Vakuumpumpe) unter teilweisem Austausch von Bestand. Die neuen Apparate werden größtenteils im neuen Gebäude Halcyon aufgestellt.

Der für den Prozess benötigte Hochdruckdampf wird im neu geplanten HD-Kessel Halcyon erzeugt, welcher im gleichnamigen Gebäude errichtet wird. Der zugehörige Zweistoffbrenner hat eine Feuerungswärmeleistung (FWL) von 1,050 MW. Die Befeu-erung erfolgt mit Erdgas der öffentlichen Gasversorgung und das Abgas wird in einen bestehenden Kamin, welcher zurzeit nicht in Betrieb ist, eingeleitet. Die Emissionsgrenzwerte der neuen Emissionsquelle sind gemäß der vierundvierzigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (44. BImSchV) einzuhalten.

1.2 Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben oder Tätigkeiten

Bei dem geplanten Änderungsvorhaben wird die genehmigte Gesamtanlage (Kirchfeld-Anlage) um ein weiteres Gebäude (Halcyon) und neue Apparate inklusive Hochdruck-Dampfkesselanlage erweitert. Dabei sollen drei bestehende Produktionslinien miteinander verbunden und ein Übergang zu kontinuierlicher Betriebsweise erreicht werden.

1.3 Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Das Betriebsgelände liegt in einem gemäß Baustufenplan Harburg, Heimfeld, Neugraben-Fischbek ausgewiesenen Industriegebiet. Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind auf dem Betriebsgrundstück und in direkter Nachbarschaft zu der Anlage aufgrund des ausgewiesenen Industriegebietes eher geringfügig ausgeprägt und es ergeben sich durch das Vorhaben keine Änderungen.

Das Betriebsgrundstück mit einer Gesamtgröße von 92000 m² ist durch Gebäude, Produktions- und Lagerhallen sowie Tanks und Werkstraßen zu etwa 65 % versiegelt. Die Freiflächen außerhalb der Gebäude sind größtenteils mit einer Oberflächenversiegelung (Schwarzdecke, Pflaster, Beton) versehen. Zum Teil gibt es unversiegelte Bereiche abseits der Verkehrswege, insbesondere im nördlichen Teil des Grundstücks. Das Betriebsgelände wird im Norden von der Konsul-Ritter Straße und im Osten vom Ziegelwiesenkanal begrenzt. Durch das geplante Vorhaben werden insgesamt 153 m² der versiegelten Fläche neu bebaut, wodurch es zu keiner neuen Versiegelung der Fläche kommt.

Eingriffe in den Boden finden nur geringfügig, bedingt durch den Bodenaushub von 168 m³, im Rahmen der Bauarbeiten statt.

Da das Bauvorhaben einmalig und auf einer bereits versiegelten Fläche durchgeführt wird, werden sehr geringe Auswirkungen erwartet.

1.4 Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Absatz 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

Durch das geplante Vorhaben werden die jährlich eingesetzte Menge an Bleicherde und die daraus resultierende anfallende Abfallmenge an Bleicherde um mehr als 50 % reduziert. Bei den Bauarbeiten fallen einmalig 168 m³ Bodenaushub als Abfall (Boden und Steine, Aushub) an. Trotz des anfallenden Bodenaushubs bei den Bauarbeiten wird die zukünftige Abfallmenge durch das geplante Vorhaben stark reduziert, wodurch positive Auswirkungen zu erwarten sind.

Gegenüber dem bisherigen Betrieb entsteht kein zusätzliches Abwasser.

1.5 Umweltverschmutzung und Belästigungen:

Luftverunreinigungen

Die im Vakuumsystem entstehende Abluft des Prozesses wird in die bestehende genehmigte regenerativ-thermische Oxidationsanlage (RTO-Anlage) eingeleitet. Die entstehende Abluft ist mit organischen Kohlenwasserstoffen beladen und kann in einer RTO-Anlage effektiv behandelt werden. Die gesamten Abluftströme des Prozesses entsprechen einem Massenstrom von 10 kg/h (oder 7,73 Nm³/h bei Normdichte von 1,2931 kg/m³) und überschreiten somit nicht die Reinigungskapazität der RTO-Anlage von 2.700 Nm³/h. Die derzeit für die RTO bestehenden Grenzwerte werden nach vom Antragssteller gemachten Angaben auch für die zusätzliche Abluft eingehalten.

Die Abgase des neugeplanten HD-Kessels werden über den bestehenden Kamin abgeleitet. Die Befuerung des HD-Kessels erfolgt mit Erdgas der öffentlichen Gasversorgung. Die Grenzwerte der Luftschadstoffe, Kohlenmonoxid (CO), Stickstoffoxide (NO_x), Schwefeloxide (SO_x) und Gesamtstaub, werden im Abgas der Feuerungsanlage gemäß der 44. BImSchV eingehalten. Eine Immissionsprognose für den Standort Cargill Hamburg Harburg inkl. des neu geplanten HD-Kessels mit Erdgasfeuerung und inkl. der Überprüfung der Schornsteinhöhen nach TA Luft 2021 Nr. 5.5. wurde durchgeführt und kommt zu dem Ergebnis, dass die Bagatellmassenströme der Luftschadstoffe NO_x, SO_x und Gesamtstaub sowie die Irrelevanzgrenzwerte für Stickstoffdioxid durch das geplante Änderungsvorhaben nicht überschritten werden, sodass der Schutz der menschlichen Gesundheit weiterhin gewährleistet ist. Auch der Stickstoff- und Säureeintrag in Gebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung wie die nahen gelegenen Biotope und das FFH-Gebiet überschreiten nicht die Abschneidekriterien, sodass davon ausgegangen wird, dass durch das geplante Vorhaben keine signifikante Veränderung des Ist-Zustand der o.g. Lebensräume gegeben ist.

Die Überprüfung der Schornsteinhöhen hat ergeben, dass für eine ungestörte Abströmung und eine ausreichende Verdünnung der Luftschadstoffe vier der fünf überprüften Schornsteine erhöht, werden müssen. Die Erhöhung der Schornsteine erfolgt im Rahmen des geplanten Vorhabens. Es werden geringe Auswirkungen erwartet, deren Ausmaß immissionsseitig irrelevant ist.

Geruchsmissionen

Die beantragten Änderungen haben keinen Einfluss auf die Entstehung von Gerüchen, so dass keine zusätzlichen Geruchsemissionen auftreten können.

Lärm und Erschütterungen

Durch das geplante Vorhaben Halcyon sind Änderungen der Schallimmissionen zu erwarten. Die neu eingebrachten Schallemissionen, wie Pumpen, werden dem Stand der Lärminderungstechnik entsprechen. Durch Anwendung der einschlägigen Vorschriften gemäß TA Lärm sind keine erheblichen, nachteiligen Auswirkungen zu erwarten.

Die Anzahl der LKW Ein- und Ausfahrtvorgänge reduziert sich am Werksgelände der Cargill GmbH am Standort Hamburg-Harburg. Durch die Reduzierung der Anlieferung von Bleicherde und des Abtransports von verbrauchter Bleicherde ist von 180 LKW weniger pro Jahr auszugehen.

Erschütterungen durch den Betrieb der Anlage sind nicht zu erwarten.

Boden- und Gewässerverunreinigungen

Im Rahmen des Änderungsvorhabens kommt die neu im Prozess eingesetzte 22%ige Kaliumhydroxidlösung als wassergefährdender Stoff der Klasse 1 (WGK 1) zum Einsatz. Es ergibt sich nach § 39 (1) der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) eine neue LAU-Anlage der Gefährdungsstufe A. Die Aufstellung der vorgesehenen Behälter erfolgt in einer gegen Kalilauge beständigen Auffangwanne. Die zugehörige Membrandosierpumpe ist in einem eigenen Schrank aufgestellt. Andere Mengen oder Arten der gehandhabten Stoffe ändern sich durch das Vorhaben nicht. Die Lagerung aller wassergefährdenden Stoffe erfolgt gemäß den Anforderungen AwSV, sodass bei einer möglichen Leckage Boden und Grundwasser nicht belastet werden.

Mögliche erhebliche Auswirkungen auf den Boden oder die Direkteinleitung des Niederschlagswassers sind auszuschließen.

Gewerbliches Abwasser

Durch die geplante Änderung entstehen prozesseitig keine zusätzlichen Abwasserströme. Das neu geplante Gebäude wird auf einer bereits versiegelten Fläche errichtet, sodass keine Mengenänderung des abzuführenden Oberflächenwassers gegeben ist. Das Niederschlagswasser wird im zweiten Obergeschoss und im Erdgeschoss des neu errichteten Gebäudes über Entwässerungsrinnen abgeführt, in die werksinterne Abwasserreinigungsanlage zur Aufbereitung geleitet und unter Einhaltung der Einleitbedingungen der Vorflut zugeführt.

Wärme, Reflexionen, Strahlen und Abschattung

Beeinträchtigungen durch Wärme, Reflexionen, Strahlen und Abschattung treten durch den Betrieb der Anlage nicht auf.

1.6 Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle, Unfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Hinblick auf:

Die Anlage unterliegt nicht der Störfall-Verordnung (12. BImSchV). Die Summe der Stoffmengen der störfallrelevanten, gefährlichen Stoffe (Erdgas, Kalilauge, Natronlauge und Zitronensäure) liegt unterhalb der Mengenschwellen des Anhang 1 der

Störfall-Verordnung. Die geplante Anlage stellt somit keinen Betriebsbereich im Sinne der Störfall-Verordnung dar. Störfälle sind daher nicht zu betrachten.

1.7 Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch Verunreinigung von Wasser oder Luft

Durch die Umsetzung des Vorhabens sind Risiken für die menschliche Gesundheit durch Verunreinigung von Wasser oder Luft eher unwahrscheinlich.

2. Standort des Vorhabens

Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen:

2.1 Bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien):

Das Änderungsvorhaben soll auf dem bestehenden Betriebsgrundstück realisiert werden und hat damit keine Nutzungsänderung des Standorts zur Folge. Dieses Betriebsgrundstück befindet sich in einem ausgewiesenen und genutzten Industriegebiet. Das Gebiet ist durch intensive gewerbliche, industrielle sowie verkehrsinfrastrukturelle Nutzung geprägt.

Die bestehende Nutzung des Gebietes wird durch das Vorhaben nicht beeinträchtigt. Natur und Landschaft werden durch das Vorhaben weder genutzt noch umgestaltet.

2.2 Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Landschaft, Wasser, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, des Gebietes und seines Untergrunds (Qualitätskriterien):

Das Vorhaben liegt auf einem seit Jahrzehnten industriell genutzten Gelände.

Wasser:

Es ist kein fließendes Gewässer betroffen.

Boden:

Es wird eine bereits versiegelte Fläche neu bebaut. Die umliegenden Produktionsgebäude bestehen seit mehreren Jahrzehnten. Auch die umliegenden Zuwege sind seit vielen Jahren voll erschlossen bzw. versiegelt.

Natur:

Es ist weder Baumbestand betroffen, noch ist die Region von forstwirtschaftlicher Bedeutung. Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes ist ebenfalls nicht zu erwarten.

2.3 Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien)

2.3.1 Natura 2000-Gebiete nach § 7 Absatz 1 Nummer 8 des Bundesnaturschutzgesetzes: Das Vorhaben befindet sich nicht in einem Natura 2000-Gebiet.

Das nächstgelegene FFH-Gebiet „Heuckenlock/Schweenssand“ befindet sich in ca. 2,0 km Entfernung in östlicher Richtung.
 Weitere Natura 2000-Gebiete liegen ca. 2,8 km östlich „Hamburger Unterelbe“, 5,8 km westlich „Fischbeker Heide“ und 8,5 km östlich „die Reit“.

In Natura 2000-Gebieten können stoffliche Einträge, insbesondere Stickstoffoxidmissionen, Beeinträchtigungen verursachen

2.3.2 *Naturschutzgebiete nach § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst:*

Das Vorhaben befindet sich nicht in einem Naturschutzgebiet. Das nächstgelegene Naturschutzgebiet (NSG), das nicht unter 2.3.1. fällt, ist „NSG Heimfelder Holz“ und befindet sich in ca. 2 km Entfernung in westlicher Richtung.
 Weitere Naturschutzgebiete in östlicher Richtung sind „NSG Neuländer Moorwiesen“ in ca. 3,4 km Entfernung, „NSG Auenlandschaft Obere Tideelbe“ und „NSG Rhee“ in ca. 5,5 km, „NSG Holzhafen“ in 7,6 km und „NSG Allermöher Wiesen“ in 9,7 km Entfernung, sowie in westlicher Richtung „NSG Moorgürtel“ in ca. 5,2 km und „NSG Finkenwerder Süderelbe“ und „NSG Westerweide“ in ca. 10,0 km Entfernung.

2.3.3 *Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst:*

Weder im direkten noch im weiteren Umfeld des Vorhabens ist ein Nationalpark ausgewiesen.

2.3.4 *Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes:*

Weder im direkten noch im weiteren Umfeld des Vorhabens ist ein Biosphärenreservat ausgewiesen.

Das Vorhaben befindet sich nicht in einem Landschaftsschutzgebiet.
 Das nächstgelegene Landschaftsschutzgebiet „LSG Neuland“ befindet sich in ca. 1,5 km Entfernung in östlicher Lage. Darüber hinaus befinden sich noch die Landschaftsschutzgebiete „LSG Marmstorfer Flottsandplatte“ und „LSG Vahrendorf Forst (Haake), Heimfeld, Eissendorf und Marmstorf“ in 1,7 km bzw. 1,8 km Entfernung in südlicher bzw. südwest-westlicher Lage zum geplanten Vorhaben sowie das „LSG Wilhelmsburger Elbinsel“ in ca. 2,5 km Entfernung in nord-östlicher Lage und „LSG Neuland“ in 2,7 km Entfernung in östlicher Richtung.

2.3.5 *Naturdenkmäler nach § 28 des Bundesnaturschutzgesetzes:*

In der näheren Umgebung der Anlage sind keine Naturdenkmäler ausgewiesen. Die nächsten Naturdenkmäler (ND) „ND Uhlenbuschbracks“, „ND Callabrack“ und „ND Papenbrack“ liegen 2,7 bis 3,1 km nordöstlich.

2.3.6 *Geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes:*

Im Umkreis von 1.000 m um den Standort sind keine geschützten Landschaftsbestandteile ausgewiesen. In Hamburg sind alle Bäume und Hecken, die unter die Baumschutzverordnung fallen, als geschützte Landschaftsbestandteile zu betrachten. Im Rahmen des Vorhabens sollen keine Bäume und Hecken entfernt werden.

2.3.7 *Gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes:*

Im Umkreis von 1.000 m um den Standort sind die folgenden Biotop ausgewiesen:

Vollständig geschützt:

- ca. 130 m westlich: Kleiner Trockenrasenbereich auf brachem Bahngelände (ID: 104856, § 30 (2) 3.4 Trockenrasen),
- ca. 430 m westlich: Teich/Rückhaltebecken im Park (Schwarzenbek) mit 3 sichtbaren Zuläufen (ID: 104820, § 30 (2) 1.2 Natürliche oder naturnahe stehende Gewässer)
- ca. 950 m nordöstlich: Kleinflächiges Auwald-Gehölz mit wenig gestörter Entwicklung am Südufer der Süderelbe, an der Zufahrt zum Überwinterungshafen (ID: 104831, § 30 (2) 4.3 Auwälder)
- ca. 1100 m östlich: Kleiner natürlicher Uferbereich im Bahnhofskanal an der Veritasbrücke (ID: 104838, § 30 (2) 1.2 Natürliche oder naturnahe stehende Gewässer)

Teilweise geschützt:

- ca. 930 m westlich: Sand-Magerrasenbereich auf ungenutzter sandig-kiesiger Fläche mit überwiegend nährstoffarmem Substrat (ID: 121469; § 30 (2) 3.4 Trockenrasen)

2.3.8 *Wasserschutzgebiete nach § 51 des Wasserhaushaltsgesetzes, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Absatz 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, Risikogebiete nach § 73 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes sowie Überschwemmungsgebiete nach § 76 des Wasserhaushaltsgesetzes:*

Heilquellenschutzgebiete sind in der näheren und weiteren Umgebung nicht vorhanden.

Das Vorhaben befindet sich im Hochwasserrisikogebiet „Tideelbe mit Neuwerk“ mit der Kennzeichnung „Sturmflut, extremes Ereignis“. Das geplante Vorhaben ist durch betriebsinternen und konstruktiven Hochwasserschutz gesichert.

Das nächstgelegene Überschwemmungsgebiet „Dove-Elbe“ befindet sich in mehr als 7,0 km Entfernung in östlicher Richtung. Das Vorhaben ist aufgrund der großen Entfernung von diesem Überschwemmungsgebiet nicht betroffen.

Die nächstliegenden Wasserschutzgebiete befinden sich in ca. 1,7 km Entfernung in westlicher Richtung (Süderelbmarsch/Harburger Berge).

2.3.9 *Gebiete, in denen die in den Vorschriften der Europäischen Union festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind:*

Das Gelände der Cargill GmbH wird seit dem 19. Jahrhundert industriell genutzt und befindet sich laut Altlastenhinweiskataster Hamburg auf einer altlastenverdächtigen

Fläche. Bodenaushub im Zusammenhang mit Baumaßnahmen ist daher abfallrechtlich zu bewerten.

Gemäß Auskunft aus dem Altlastenkataster kann aufgrund der langen historischen Nutzung mit folgenden Altstandorten gerechnet werden:

- 1896 Gründung der „Harburger Leinöl- und Firnisfabrik GmbH“,
- 1897 bis nach 1928: Flurstück 4241 Holzlager/Holzhandlung der Fa. Max Brinkmann,
- 1906 Umwandlung in OHG „Harburger Oelwerke Brinckman & Mergell“,
- 1906 bis nach 1993 Harburger Ölwerke Brinckman & Mergell (Hobum),
- 1939 bis 1945 Rüstungsbetrieb, Fertigung von Granaten, Lieferung von Wasserstoff,
- 1939 bis 1945 Bombenzerstörung von Gebäuden/Anlagen auf der Fläche,
- ca. 1901 bis nach 1915: Flurstücke 5168 und 5174 Schiffsabbruchwerft Rudolf Neugebauer inklusive Trockendock und
- zwischen 1984 und 1993 Teilverfüllung des Trockendocks.

Der chemische Zustand des Grundwasserkörpers Krückau/Alster – Geest (EL 13) ist als schlecht bewertet. Das ökologische Potenzial der Elbe ist als „mäßig“ eingestuft. Die EU-Umweltqualitätsnormen werden im deutschen Flussabschnitt der Elbe nicht eingehalten.

Die Umsetzung der EU-Luftqualitätsrichtlinie erfolgte im deutschen Recht durch das BImSchG und den darauf gestützten Rechtsverordnungen.

Im Hamburger Stadtgebiet waren laut 2. Fortschreibung des Luftreinhalteplans der Freien und Hansestadt Hamburg (2017) Überschreitungen des NO₂-Immissionswertes gemäß 39. BImSchV an Verkehrsmessstationen zu verzeichnen. Laut der 3. Fortschreibung des Hamburger Luftreinhalteplans (2023) werden die NO₂-Grenzwerte zum Vollzug der 39. BImSchV mittlerweile innerstädtisch eingehalten.

Zusätzliche Gewässerbelastungen gibt es durch das geplante Vorhaben nicht.

2.3.10 Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes:

Nichtzutreffend für das betroffene Industriegebiet. Die Flächennutzung entspricht der im Bebauungsplan vorgesehenen Nutzung. Bei Einhaltung der Luft- und Lärmemissionsbegrenzungen ist kein Nutzungskonflikt mit den angrenzenden Nutzungen zu besorgen.

2.3.11 In amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmäler oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind:

Im Umkreis von 500 m um das geplante Änderungsvorhaben sind die folgenden Denkmalensembles ausgewiesen:

- nördlich und östlich angrenzend an den Standort: Baudenkmal-Ensemble (31173): Harburger Binnenhafen mit Teil der Wasserflächen und Kaianlagen, darunter Harburger Hafenschleuse, Harburger Holzhafen, Harburger Werfthafen, Kaufhauskanal, Lotsenkanal, Östliche Binnengraff, Östlicher Bahnhofskanal, Schiffgraben, Überwinterungshafen, Verkehrshafen, Westlicher Bahnhofskanal,

Ziegelwiesenkanal, Kräne am Lotsekai/Lotsenkanal, Alte Schleuse, Holzhafenklappbrücke, Klappbrücke Nartenstraße über den Östlichen Bahnhofskanal, Slipanlage am Harburger Werfthafen/ Bauhofstraße 9, Werftkräne und Trockendock am Verkehrshafen/ Lotsestieg 4, Silogebäude Bauhofstraße 10, Kanalplatz 6, 8 mit historischer Pflasterung

- ca. 470 m östlich: Baudenkmal-Ensemble (31191); Blohmstraße 22, Fabrikantenvilla mit ehemaligem Kaufhausspeicher und Böschung am westlichen Ufer des Kaufhauskanals
- ca. 390 m südlich: Baudenkmal-Ensemble (31188); Helmsweg 35, 37
- ca. 510 m südöstlich: Baudenkmal-Ensemble (27531), Buxtehuder Straße 1, (Bankgebäude; Einfriedung / 1896 / 1897; 1915 (Erweiterung / Anbau) / Entwurf: Schuppan, Paul (1896 / 1897)), Ensemble Buxtehuder Straße 1, Bankgebäude mit Einfriedung
- ca. 180 m südlichwestlich: Baudenkmal-Ensemble (29870); Buxtehuder Straße 48, Gebäude mit Einfriedung und Garten
- ca. 360 m südlich: Baudenkmal-Ensemble (31183); Bleicherweg 1, Buxtehuder Straße 7, 9, 9a, 11, 11a
- ca. 510 m südöstlich: Baudenkmal-Ensemble (27531); Buxtehuder Straße 1, Bankgebäude mit Einfriedung
- ca. 290 m südlich und südwestlich: Baudenkmal-Ensemble (31165), Schwarzenbergpark, Parkgelände mit ehem. Exerzierplatz und diversen Denkmälern, altem Soldatenfriedhof, jüdischem Friedhof; Altem Soldatenfriedhof, Friedhof der Harburger Garnisongemeinde für Militär- und Zivilpersonen mit ca. 20 bemerkenswerten Grabgewölben und Grabmalen aus der Zeit des Dreissigjährigen Krieges und des 18. Jahrhunderts, begrenzt durch Schwarzenbergstraße, Bissingstraße, Grumbrechtstraße, Buxtehuder Straße und Helmsweg
- ca. 280 m südlich und südwestlich: Gartendenkmal (27906); Schwarzenbergpark, Parkgelände mit ehem. Exerzierplatz und diversen Denkmälern, altem Soldatenfriedhof, jüdischem Friedhof; Altem Soldatenfriedhof, Friedhof der Harburger Garnisongemeinde für Militär- und Zivilpersonen mit ca. 20 bemerkenswerten Grabgewölben und Grabmalen aus der Zeit des Dreißigjährigen Krieges und des 18. Jahrhunderts, begrenzt durch Schwarzenbergstraße, Bissingstraße, Grumbrechtstraße, Buxtehuder Straße und Helmsweg
- Östlich anschließend: geschütztes Gewässer (28535); Teil des Ensembles Harburger Binnenhafen mit Teil der Wasserflächen und Kaianlagen (vgl. Kartierung), darunter Harburger Hafenschleuse, Harburger Holzhafen, Harburger Werfthafen, Kaufhauskanal, Lotsenkanal, Östliche Binnengrft, Östlicher Bahnhofskanal, Schiffgraben, Überwinterungshafen, Verkehrshafen, Westlicher Bahnhofskanal, Ziegelwiesenkanal, Kräne am Lotsekai/Lotsenkanal, Alte Schleuse, Holzhafenklappbrücke, Klappbrücke Nartenstraße über den Östlichen Bahnhofskanal, Slipanlage am Harburger Werfthafen/Bauhofstraße 9, Werftkräne und Trockendock am Verkehrshafen/ Lotsestieg 4, Silogebäude Bauhofstraße 10, Kanalplatz 6, 8 mit historischer Pflasterung

Im Umkreis von 500 m um den Standort sind die folgenden Denkmäler, soweit nicht bereits mit unter Denkmalensembles aufgefasst, ausgewiesen:

- an der östlichen Standortgrenze zum Ziegelkanal ca. 300 m entfernt vom Emissionsausstoß: Seehafenstraße 2 (Fassade); Baudenkmal (27474)
- ca. 270 m südwestlich: Buxtehuder Straße 29 (Villa); Baudenkmal (27514)
- ca. 350 m südlich: Buxtehuder Straße 13 (Wohnen); Baudenkmal (27534)
- ca. 260 m südwestlich: Buxtehuder Straße 33 (Villa); Baudenkmal (27512)
- ca. 300 m südwestlich: Buxtehuder Straße 35 (Villa); Baudenkmal (27526)
- ca. 480 m östlich: Blohmstraße 18 (Villa); Baudenkmal (27521)

- ca. 530 m südöstlich: Harburger Schloßstraße 1a (Umspannwerk); Baudenkmal (28578)
- ca. 310 m westlich: Bostelbeker Hauptdeich 2 (Lockschuppen; Werkstatt); Baudenkmal (28268)

Im Umkreis von 500 m um den Standort sind keine Bodendenkmäler bekannt.

3. Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen

Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen; dabei ist insbesondere folgenden Gesichtspunkten Rechnung zu tragen:

- 3.1 der Art und dem Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind.
- 3.2 dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen:
- 3.3 der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen:
- 3.4 der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen:
- 3.5 dem voraussichtlichen Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen:
- 3.6 dem Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben:
- 3.7 die Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermeiden:

Unter Berücksichtigung der v.g. Gesichtspunkte werden die möglichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter wie folgt beurteilt:

Geographisches Gebiet

Das Betriebsgelände liegt in einem gemäß Baustufenplan Harburg, Heimfeld, Neugraben-Fischbek ausgewiesenen Industriegebiet. In der Nachbarschaft sind Industrie- und Lagerbetriebe und in geringem Maße Wohnungen angesiedelt. Das Änderungsvorhaben findet ausschließlich innerhalb des Werksgeländes statt und hat somit keine nachteiligen Auswirkungen auf das bestehende Landschaftsbild (Industriegebiet). Es ist mit keinen bzw. nur geringfügigen Auswirkungen auf das geographische Gebiet zu rechnen.

Luftverunreinigungen

Die im Vakuumsystem entstehende Abluft des Prozesses wird in die bestehende genehmigte regenerativ-thermische Oxidationsanlage (RTO-Anlage) eingeleitet. Die entstehende Abluft ist mit organischen Kohlenwasserstoffen beladen und kann in einer RTO-Anlage effektiv behandelt werden. Die gesamten Abluftströme des Prozesses entsprechen einem Massenstrom von 10 kg/h (oder 7,73 Nm³/h bei Normdichte von 1,2931 kg/m³) und überschreiten somit nicht die Reinigungskapazität der RTO-Anlage von 2.700 Nm³/h. Die derzeit für die RTO bestehenden Grenzwerte werden nach vom Antragssteller gemachten Angaben auch für die zusätzliche Abluft eingehalten.

Die Abgase des neugeplanten HD-Kessels werden über den bestehenden Kamin abgeleitet. Die Befuerung des HD-Kessels erfolgt mit Erdgas der öffentlichen Gasversorgung. Die Grenzwerte der Luftschadstoffe, Kohlenmonoxid (CO), Stickstoffoxide (NO_x), Schwefeloxide (SO_x) und Gesamtstaub, werden im Abgas der Feuerungsanlage gemäß der 44. BImSchV eingehalten. Eine Immissionsprognose für den Standort Cargill Hamburg Harburg inkl. des neu geplanten HD-Kessels mit Erdgasfeuerung und inkl. der Überprüfung der Schornsteinhöhen nach TA Luft 2021 Nr. 5.5. wurde durchgeführt und kommt zu dem Ergebnis, dass die Bagatellmassenströme der Luftschadstoffe NO_x, SO_x und Gesamtstaub sowie die Irrelevanzgrenzwerte für Stickstoffdioxid durch das geplante Änderungsvorhaben nicht überschritten werden, sodass der Schutz der menschlichen Gesundheit weiterhin gewährleistet ist. Auch der Stickstoff- und Säureeintrag in Gebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung wie die nahen gelegenen Biotope und das FFH-Gebiet überschreiten nicht die Abschneidekriterien, sodass davon ausgegangen wird, dass durch das geplante Vorhaben keine signifikante Veränderung des Ist-Zustand der o.g. Lebensräume gegeben ist.

Die Überprüfung der Schornsteinhöhen hat ergeben, dass für eine ungestörte Abströmung und eine ausreichende Verdünnung der Luftschadstoffe vier der fünf überprüften Schornsteine erhöht werden müssen. Die Erhöhung der Schornsteine erfolgt im Rahmen des geplanten Vorhabens.

Die behördliche Prüfung der Prognose hat ergeben, dass die Immissionsprognose plausibel ist. Aufgrund der dort getroffenen konservativen Ansätze der Immissionsprognose ist zu erwarten, dass es durch das geplante Änderungsvorhaben und die geänderte Betriebsführung zu keinen erheblichen Luftverunreinigungen kommen wird.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Für die Wirkung auf FFH- bzw. Natura 2000-Gebiete sind die anlagenbedingten Stickstoff- und Säuredepositionen maßgeblich. Die Berechnungen in der aktuellen Immissionsprognose zeigen, dass sich die Depositionen auf das direkte Anlagenumfeld beschränken.

Die Gesamtzusatzbelastung unterschreitet die Irrelevanzgrenze für Stickstoffdioxid an den nächsten Immissionsorten der Wohnbebauung. Damit kann davon ausgegangen werden, dass der Schutz der menschlichen Gesundheit auch beim Betrieb des geplanten Dampfkessels für die Anlage „Halcyon“ weiterhin gewährleistet ist.

Die Irrelevanzgrenze für die Stickstoff-Deposition für stickstoffempfindliche Lebensräume, wie Biotope und Naturschutzgebiete beträgt 5 kg N/(ha·a) und für Gebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung 0,3 kg N/(ha·a) sowie 0,04 keq/(ha·a) für den Säureeintrag. Die prognostizierte Gesamtzusatzbelastung der Stickstoffdeposition liegt in den nächsten gesetzlich geschützten Biotopen unterhalb des Abschneidekriteriums der TA Luft von 5 kg N/ (ha·a) für stickstoffempfindliche Lebensräume. Das Abschneidekriterium für Gebiete mit gemeinschaftlicher Bedeutung (FFH- und Vogelschutzgebiete) von 0,3 kg N/ (ha·a) wird im ca. 1,8 km entfernten FFH-Gebiet „Heuckenlock/Schweenssand“ sicher unterschritten. Das Abschneidekriterium für die Säuredeposition wird im ca. 1,8 km entfernten FFH-Gebiet „Heuckenlock/Schweenssand“ ebenfalls sicher unterschritten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass der zusätzliche Stickstoff- und Säureeintrag durch den Betrieb der Kesselanlage keine signifikanten Veränderungen des Ist-Zustandes eines Lebensraumes in den Biotopen oder dem FFH-Gebiet auslösen oder die Wiederherstellung eines guten Erhaltungszustandes signifikant einschränken wird.

Des Weiteren ist mit dem Vorhaben keine weitere Flächenneuversiegelung verbunden.

Aufgrund der Entfernung zum Standort und der Höhe der Emissionen sind relevante Auswirkungen auf gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes auszuschließen.

Fazit:

Es sind daher durch Luftverunreinigungen keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit; auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt; auf Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft sowie auf das kulturelle Erbe und sonstige Sachgüter zu erwarten.

Lärm

Die dem Genehmigungsantrag beigefügte Schallprognose bzgl. der zu erwartenden Geräuschemissionen und -immissionen an den maßgeblichen Immissionsorten kommt zu dem Ergebnis, dass die Zusatzbelastung durch den Standort Cargill Hamburg-Harburg an den maßgeblichen Immissionsorten durch den Betrieb der Anlage nach der Durchführung des geplanten Änderungsvorhabens nicht erhöht wird. Es sollen neue Schallemittenten (hauptsächlich Pumpen) installiert werden. Die neu eingebrachten Schallemittenten entsprechen dem heutigen Stand der Lärminderungstechnik. Bei besonders lauten Schallemittenten werden Schallminderungsmaßnahmen (Isolierung, Einhausung der Pumpen) umgesetzt. Weiterhin ist geplant den Bestand im Hinblick auf die Schallemissionen zu sanieren.

Die Anzahl der LKW Ein- und Ausfahrtvorgänge reduziert sich am Werksgelände der Cargill GmbH am Standort Hamburg-Harburg. Durch die Reduzierung der Anlieferung von Bleicherde und des Abtransports von verbrauchter Bleicherde ist von 180 LKW weniger pro Jahr auszugehen. Der reduzierte LKW-Verkehr auf dem Betriebsgelände wirkt sich positiv auf die Lärmemissionen aus.

Risiken von Störfällen, Unfallrisiko

Die geplante Anlage unterliegt nicht der Störfall-Verordnung.

Sie befindet sich darüber hinaus nicht innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen anderer Firmen im Sinne des § 3 (5a) des BImSchG.

Es sind daher keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen hinsichtlich Risiken von Störfällen und Unfällen zu erwarten.

Abfallentsorgung

Durch das geplante Vorhaben werden die jährlich eingesetzte Menge an Bleicherde und die daraus resultierende anfallende Abfallmenge an Bleicherde um mehr als 50 % reduziert. Bei den Bauarbeiten fallen einmalig 168 m³ Bodenaushub als Abfall (Boden und Steine, Aushub) an. Trotz des anfallenden Bodenaushubs bei den Bauarbeiten wird die zukünftige Abfallmenge durch das geplante Vorhaben stark reduziert.

Schutzgut Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft

Durch das geplante Vorhaben wird von dem zu 65% versiegelten 92.000 m² großen Betriebsgeländes eine bereits versiegelte Fläche von 153 m² neu bebaut. Der dabei anfallende Bodenaushub, 168 m³, wird ordnungsgemäß entsorgt. Der Umgang und die Lagerung der wassergefährdenden Stoffe erfolgt gemäß den Anforderungen der AwSV. Es ist daher mit keinen erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf Boden und Gewässer zu rechnen.

Weder die Wassernutzung noch die Entwässerungssituation ändern sich aufgrund der geplanten Maßnahme. In Bezug auf das Schutzgut Wasser sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen durch das Vorhaben abzuleiten.

Durch das Vorhaben sind keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die unter Ziffer 2.3.8 genannten Wasserschutzgebiete zu erwarten.

Das Vorhaben hat keine Auswirkungen auf Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden, Natur und Landschaft.

Schutzgut kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter

Da die Emissionen durch die geplante Anlage die Bagatellmassenströme sowie die Irrelevanzgrenzen der TA Luft unterschreiten, ist durch das Vorhaben mit keinen erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Baudenkmäler und Gebäudeensembles zu rechnen.

Durch das geplante Vorhaben können keine grenzüberschreitenden Auswirkungen hervorgerufen werden.

Es sind keine schweren oder komplexen Auswirkungen zu erwarten.

Die Möglichkeiten, die Auswirkungen wirksam zu vermeiden, wurden bei der Planung und der beabsichtigten Umsetzung bei der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nach dem Stand der Technik sowie den besten verfügbaren Techniken weitestgehend ausgeschöpft.

4. Gesamtergebnis der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 UVPG:

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls nach § 9 UVPG i.V.m. §§ 7 und 5 UVPG hat nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 UVPG ergeben, dass durch das beantragte Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Absatz 1 UVPG genannten Schutzgüter hervorgerufen werden können, so dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.